Die Nachfrage nach Ausleihmöglichkeiten von städtischen Einrichtungsgegenständen ist sehr gering (1 Nachfrage innerhalb von 5 Jahren).

Die Aufrechterhaltung der Ausleihmöglichkeit würde über dies einen arbeitsintensiven Verwaltungsaufwand verursachen.

Auf Grund der Kosten für den Verwaltungsaufwand und unter Berücksichtigung der erhöhten Abnutzung der Einrichtungsgegenstände und der damit gegebenenfalls erforderlichen Reparaturmaßnahmen sowie früherer Ersatzbeschaffungen rät die Verwaltung auch bei einem erhöhten Nachfragebedarf von der Verleihung von städtischen Einrichtungsgegenständen ab.

Der Ausschuss empfiehlt daher den Beschluss über die Erhebung von Entgelten für das Ausleihen von Einrichtungsgegenständen außer Kraft zu setzen.